



Unsägliches „Bäumchenwechsle-dich-Spiel“

Bodo Ramelow: Nicht neue Megatrassen, sondern „Energiewende aus einem Guss“

Wenn jetzt „CDU-Vertreter gegen die geplante Stromtrasse an der A9 protestieren, behaupten sie das Gegenteil dessen, wofür sie seit Jahren stehen. Es ist ein unsägliches Bäumchen-wechsle-dich-Spiel, was da betrieben wird“, erklärte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion. Er verwies dabei auf das Abstimmverhalten Thüringens bei maßgeblichen Entscheidungen zur Trassenplanung.

Der Bundesbedarfsplan für Stromtrassen ist im Juni 2013 im Bundestag verabschiedet worden. Dieser Plan wurde mit Ausnahme der LINKEN von allen Fraktionen bestätigt. „Die Linksfraktion hatte ihn entschieden abgelehnt“, erklärte Ralph Lenkert, Sprecher für Umweltpolitik der LINKEN im Bundestag. Im Juli 2013 hatte auch der Bundesrat dem Bundesbedarfsplan zugestimmt - mit der Stimme Thüringens. Jegliche Möglichkeit zur Einflussnahme hat Thüringen aus der Hand gegeben, indem es der Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes zustimmte. Damit ging die Planungshoheit für das Planfeststellungsverfahren für Trassenverläufe vom Land auf die Bundesnetzagentur über. Das wurde wiederum gegen die Stimmen der LINKEN im Bundestag bestätigt. Auch im Bundesrat bekam diese Änderung die Zustimmung Thüringens.

„Jetzt kann Thüringen im Kreis springen und trotzdem erstmal nichts ändern. So ist das, wenn man Verfahren

einfach aus der Hand gibt.“ Ralph Lenkert sagte weiter: „Wenn sich nun Staatskanzleichef Jürgen Gnauck an die Spitze des Protests setzen will und behauptet, er hätte den Trassenverlauf nicht ahnen können, dann ist dies entweder Unkenntnis oder Unehrllichkeit auf höchster Stufe. Beides macht ihn ungeeignet für den Job, den er hat.“

„Je näher die Kommunalwahl rückt, desto größer werden die Erinnerungslücken der CDU-Regierungsmitglieder“, monierte Bodo Ramelow. Erst ließ man engagierte Bürger und Initiativen gegen den Trassenneubau über Jahre einen einsamen Kampf führen. Auch bei der Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht, um die Trasse durch den Thüringer Wald zu verhindern, kam keine Unterstützung der Landesregierung.

Petra Enders: Landesregierung sollte auch Moratorium gegen 380 kV-Leitung unterstützen

„Wenn jetzt lautstark gegen die Trasse an der A9 protestiert wird, ist das an politischer Wendehäufigkeit kaum noch zu überbieten“, so Bodo Ramelow. Wenn die CDU-Vertreter in der Landesregierung glaubwürdig sein wollten, dann müssten sie die derzeit laufende Klage Betroffener aus dem Ilm-Kreis gegen das Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) vor dem Bundesverfassungsgericht tatkräftig unterstützen. Die LINKE fordert erneut ein ernsthaftes Umplanen. „Es geht

nicht um neue Mega-Trassen und einen massiven Netzausbau, sondern um eine Energiewende aus einem Guss mit den Kernpunkten regional, dezentral und regenerativ. Das alles setzt ein sinnvolles Gesamtkonzept voraus, das uns aber die Landesregierung seit Monaten schuldig bleibt.“

Petra Enders, die LINKE Landrätin des Ilm-Kreises, bekräftigte: „Beim Kampf gegen die 380 kV-Leitung Halle-Schweinfurt haben wir eine solche Unterstützung der Landespolitik nicht kennen lernen dürfen. Das ganze Gegenteil war der Fall. Doch nicht nur an der A9 kann man von Elektrosmog krank werden, auch an der A71. Und nicht nur an der A9 werden Natur und Landschaft zerstört und Lebensqualität beeinträchtigt, sondern im Ilm-Kreis und seinen Nachbarregionen Hildburghausen und Sonneberg auch.“

Hier stehen allerdings momentan keine Fernsehkameras und Mikrophone bereit, um wählerwirksam Protest zu formulieren. Hier steht aber demnächst die Fortsetzung des Planfeststellungsverfahrens für den 3. Bauabschnitt an. Vom 6. bis zum 9. Mai finden in Goldisthal die Erörterungstermine statt. „Dies wäre eine gute Gelegenheit für die Vertreter der Landesregierung mit Frau Lieberknecht an der Spitze, klar zu machen, dass auch diese Leitung nicht gebraucht wird und der Freistaat Thüringen die Forderung nach einem Moratorium zum Leitungsbau unterstützt“.

KOMMENTIERT:

von Ina Leukefeld

Lohnspitzenreiter?

Wie der „Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“ vermeldete, seien die Löhne in Thüringen in den vergangenen fünf Jahren überdurchschnittlich gestiegen, der Freistaat führe die statistische Erfassung an. Nun freue ich mich für jeden Beschäftigten, der mehr Geld auf sein Konto bekommen hat. Dies ist vor allem dem beherzten Kampf der Gewerkschaften und Beschäftigten selbst zu verdanken, die - wie beispielsweise im Einzelhandel - bestehende Rechte verteidigt und Lohnsteigerungen durchgesetzt haben.

Tatsache bleibt aber auch, dass diese Statistik nur einen Ausschnitt zeigt: Wo wenig verdient wird, wirken selbst kleine Lohnzuwächse als große Sprünge. Zahlreiche Beispiele belegen, dass Thüringen leider noch immer das Land niedriger Löhne ist, in dem aber zugleich am längsten gearbeitet wird. Auch das Wirtschaftsministerium musste einräumen, dass die Beschäftigten im Freistaat mit einem durchschnittlichen Jahresentgelt von 30.300 Euro auf dem drittletzten Platz im Bundesvergleich liegen. Bis zu 35 Prozent der Thüringer würden, so das Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen, von einem Mindestlohn von 8,50 Euro direkt profitieren. Das sind etwa 300.000 Menschen, was die zugleich enormen Lohnspreizungen deutlich macht. All dies wird von der eingangs zitierte Statistik komplett ignoriert. Selbstverständlich kennen sich auch die Linksfraktion im Thüringer Landtag zur Tarifautonomie und zu den Aufgaben von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, faire Löhne auszuhandeln. Dennoch entbindet dies den Staat nicht von seiner Verantwortung, für faire Rahmenbedingungen und vor allem gute Löhne in seinem Wirkungsbereich zu sorgen. Thüringen braucht endlich ein vernünftiges Tarifreue- und Vergabegesetz, das die öffentliche Hand verpflichtet, nur Gute Arbeit zu unterstützen.

Auf der anderen Seite erwarte ich von der Landesregierung eine klare Position gegen jede Ausnahme beim flächendeckenden Mindestlohn. Eine wirkungsvolle Lohnuntergrenze darf kein Sieb sein. Übrigens musste auch das Wirtschaftsministerium einräumen, dass Thüringen mit einem durchschnittlichen Jahresentgelt von 30.300 Euro auf dem drittletzten Platz in Deutschland liegt.

AKTUELL

Solidarität mit Streikenden von Autogrill

Ihre Solidarität mit den streikenden Beschäftigten des Raststätten-Betreibers Autogrill (in Thüringen Eisenach und Hørselgau) hat die Linksfraktion im Thüringer Landtag erklärt. Den Mitarbeitern geht es bei ihrem Arbeitskampf um einen Lohn- und Manteltarifvertrag für alle Beschäftigten der „Autogrill Deutschland GmbH“.

Die Fraktion wünscht viel Erfolg und Durchhaltevermögen für die vor den Osterfeiertagen begonnenen unbefristeten Streiks und die weiteren Tarifaufeinandersetzungen. Thüringen sei „angesichts der längsten Arbeitszeiten immer noch das Land mit den niedrigsten Löhnen in Deutschland“, betonte Bodo Ramelow in der Solidaritätsadresse. Schuld daran trage auch die Landesregierung, die

Niedriglöhne jahrelang als „Standortvorteil“ vermarktet hat. Zudem liegt die Tarifbindung in Thüringen bei gerade einmal 22 Prozent. Umso wichtiger sei der Kampf der Beschäftigten für einen Tarifvertrag, für Gute Arbeit und einen gerechten Lohn.

Auch die Landtagsabgeordnete und Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE, Susanne Hennig-Wellsow, erklärte die Solidarität mit den streikenden Kolleginnen und Kollegen: „Wir unterstützen das Ringen der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) für den Abschluss eines Tarifvertrages für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Autogrill in Thüringen und Bayern. Nach dem die Arbeitgeberseite keine Bereitschaft zu Lohnerhöhungen zeigt und nicht auf die Warnstreiks reagiert, ist der unbefristete Streik das richtige

Mittel zur Durchsetzung Eurer Forderungen. Ihr leistet Tag für Tag gute und harte Arbeit, die auch entsprechend entlohnt werden muss. Jeder Arbeitnehmer hat den Anspruch auf ein Einkommen, von dem er leben kann und mit dem er eine armutssichere Rente erreicht. Deshalb fordern wir seit Jahren die Einführung eines Mindestlohnes in Höhe von mindestens 10 Euro.

Es ist immer wieder erschreckend und nicht hinnehmbar, dass Konzerne die Arbeit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lediglich als Kostenfaktor und damit als größtes Sparpotential sehen. Der große Einfluss, den Eure Arbeit, gerade im Dienstleistungssektor, auf den Gewinn des Unternehmens hat ist durch gute Löhne zu honorieren. Das ist nur gerecht und letztlich auch im Interesse des Unternehmens.“

KURZ UND PRÄGNANT

Es gibt kein Superrecht auf Überwachung

Als „notwendige und richtige Entscheidung“, bezeichnete die Landtagsabgeordnete Katharina König, netzpolitische Sprecherin der Linksfraktion, das Urteil des Europäischen Gerichtshofs, der am 8. April die Unzulässigkeit der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung festgestellt hat. „DIE LINKE spricht sich bereits seit Jahren gegen die anlasslose Erhebung von Daten im Telekommunikationsbereich aus, weil sie einen übermäßigen Eingriff in die Grundrechte der Bürger darstellen. Der Europäische Gerichtshof hat mit seinem Urteil unsere Gründe für diese Ablehnung als völlig zutreffend bestätigt.“

Das höchste europäische Gericht bestätigt damit das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, welches bereits vor einigen Jahren die deutsche Umsetzung der Richtlinie für nicht verfassungsgemäß ansah.

Die Richtlinie wurde zu Recht aufgehoben

Katharina König weiter: „Der Europäische Gerichtshof eine besondere Schwere des Eingriffs in die Grundrechte festgestellt. Das muss jedem politisch Verantwortlichen, der sich bisher noch für die Vorratsdatenspeicherung eingesetzt hat, doch zu denken geben.“

„Nicht nur die Umsetzung der Richtlinie in Deutschland war problematisch, das ganze Konstrukt einer willkürlichen Datenspeicherung über ausnahmslos jeden, der elektronisch kommuniziert, ist schlichtweg falsch und entspricht nicht einer demokratischen Gesellschaft“, sagte die Abgeordnete, die eine grundrechtskonforme Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung auch in Zukunft für nicht möglich hält. Große Gefahren für die öffentliche Sicherheit, wie sie von Abgeordneten der CDU heraufbeschworen werden, kann Katharina König mit der Aufhebung der Richtlinie nicht erkennen: „Die Vorratsdatenspeicherung hat sich bisher nicht als notwendiges Instrument zur Verbrechensbekämpfung erwiesen. Mit dem Urteil ist aber klar, dass diese Ermittlungsmethode einen massiven Eingriff in die Privatsphäre darstellt, der mit den Grundrechten nicht vereinbar ist. Deshalb ist die Richtlinie zu Recht aufgehoben worden.“

Auch wenn das Urteil die Tür für neue Anläufe zur Vorratsdatenspeicherung offen lässt, plädierte Katharina König dafür, die Idee endgültig zu begraben: „Es wird Zeit, dass auch hierzulande die Grundrechte aller Menschen ernster genommen werden. Es gibt kein Superrecht des Staates auf Überwachung - auch nicht im Namen der Sicherheit.“

Dem Verfassungsschutz fehlt jede Legitimation

Die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) erstattet Bericht an den Landtag

Am 11. April hat der stellvertretende Vorsitzende der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK), Heiko Gentzel, im Thüringer Landtag einen ausführlichen Bericht zur Arbeit des Gremiums, das die Landesregierung in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes kontrollieren soll, erstattet. Im Anschluss hatte der LINKE Abgeordnete Ralf Kalich erklärt:

„Dies war hoffentlich der letzte Bericht der Parlamentarischen Kontrollkommission an den Thüringer Landtag, weil der Verfassungsschutz nach der Landtagswahl von einer LINKEN in Regierungsverantwortung durch eine Informations- und Dokumentationsstelle ersetzt werden wird.“

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, um die ganze Absurdität der vermeintlichen parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes zu verdeutlichen, dann haben wir ihn allein schon im Procedere der Berichterstattung der PKK an den Landtag erlebt. Um Sachverhalte zu referieren, die entweder allgemein bekannt sind oder unproblematisch in öffentlichen

Verfassungsschutzberichten nachgelesen werden können, musste die PKK erstmalig beschließen, dass die Geheimhaltung aufzuheben ist.“ Der Bericht enthält im Bereich Rechts lediglich Ausführungen zu bekannten Vorkommnissen, wie dem Neonazi-Überfall in Ballstädt, oder offen zugänglichen Informationen, wie den Wahlergebnissen der NPD. Einen Gewinn an Information erbringt der Verfassungsschutz mit seinen grundrechtsfeindlichen Methoden dann offenbar nicht.

Feinde der Demokratie selbst finanziert

Vielmehr wird durch den Bericht ein weiteres Mal offenkundig, wie verfehlt und gefährlich vor allem die V-Mann-Praxis des Verfassungsschutzes für das demokratische Gemeinwesen ist. Der sogenannte „Engel-Bericht“ stellte u.a. heraus, wie der damalige NPD-Funktionär Kai-Uwe Trinkaus seine Rolle als V-Mann nutzte, um demokratische Parteien und Vereine zu unterwandern, Abgeordnete zu kompromittieren und herabzuwürdigen. Ebenso wurde festgestellt, dass der Verfas-

ungsschutz die Gefahren, über die Trinkaus berichtete, erst selbst erschaffen hatte. Dass dies kein Einzelfall, sondern vielmehr die Regel beim Landesamt für Verfassungsschutz ist, zeigen die Beispiele der V-Männer Tino Brandt, Thomas Dienel und Marcel D., die ebenfalls führende Nazi-Aktivisten waren. „Der Verfassungsschutz finanziert also selbst die Feinde der Demokratie und deren verfassungswidrigen Agieren“, unterstrich der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion.

Nach dem PKK-Bericht muss konstatiert werden, dass eine parlamentarische Kontrolle des Geheimdienstes nicht gewährleistet ist. Die Kommission hatte berichtet, nur unzureichend von der Landesregierung unterrichtet worden zu sein, und dies, obwohl die gesetzlichen Verpflichtungen bestünden. Ralf Kalich: „Wenn die PKK dann selbst ausführt, die parlamentarische Kontrolle sei eine wesentliche Säule zur Legitimation der Geheimdienste, dann muss sie und muss auch das Parlament in Gänze endlich die richtigen Schlüsse ziehen: Dem Verfassungsschutz fehlt jedwede Legitimation und er gehört abgeschafft.“

„Die Welt ist voller Farbe“



Bis zum 17. Mai ist in der Fraktionsgalerie der LINKEN im Thüringer Landtag die Gemeinschaftsausstellung „Die Welt ist voller Farbe“ mit Bildern von Linda Markowski, Christophorus Klimke und Hans Joachim Becker zu sehen. Vom Kunstverein „Hofatelier“ Niedergrunstedt (bei Weimar) kommend, zeigen sie eine eindrucksvolle Bandbreite ihres Schaffens und verschiedener Techniken der Malerei und Grafik. Neben Porträts, Landschaften und Stillleben sind auf den ausgestellten Bildern auch Stimmungen eingefangen, die tatsächlich eine Welt voller Farbe zeigen. In Anwesenheit der Künstlerinnen und Künstler sowie zahlreicher Gäste war die Ausstellung im Rahmen einer Vernissage am 9. April durch den Vorsitzenden der Linksfraktion, Bodo Ramelow, eröffnet worden. Die Fraktion freut sich auf interessierte Besucherinnen und Besucher.

Das Hofatelier hat sein Domizil in der alten Schule von Niedergrunstedt, die zum Sitz des Kunstvereins wurde und wo bereits 1994 die Ausstellungstätigkeit begann. Das Haus konnte nach umfangreichen Sanierungen im denkmalgeschützten Ortskern 1995 auch als eine Begegnungsstätte vielfältiger Art offiziell eröffnet werden.

Online-Diskussionsforum des Thüringer Landtags

Unter www.forum-landtag.thueringen.de können sich Interessierte im Online-Diskussionsforum bis zum 25. Mai an der Debatte zum Fünften Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen und zu den Gesetzentwürfen zur Änderung des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes beteiligen. Darüber hinaus kann man hier noch bis zum 8. Mai zum Thüringer Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften mitdiskutieren.

Bei der Verfassungsschutzgesetz-Diskussion geht es um Gesetzentwürfe der Grünen-Fraktion und der Landesregierung. Der Innenausschuss hatte am 4. April beschlossen, hierzu ein schriftliches und mündliches Anhörungsverfahren durchzuführen und die von Sachverständigen, Interessensvertretern und anderen Anzuhörenden eingebrachten Stellungnahmen im Diskussionsforum des Thüringer Landtags zur Verfügung zu stellen.

Mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften wird eine auf die Zukunft gerichtete Anpassung und Neuordnung des Thüringer Beamtenrechts verfolgt. Um dies zu erreichen, sollen u.a. die bisherigen laufbahnrechtlichen Bestimmungen zur Vereinfachung aus dem Thüringer Beamtengesetz und der Thüringer Laufbahnverordnung gestrichen und in einem neuen eigenen Thüringer Laufbahngesetz zusammengefasst werden.

Campus Thüringen – Zukunft per Kooperation

Einladung zur Diskussion über das Gutachten zur Hochschulentwicklung in Thüringen

Nachdem der von der Landesregierung schon lange angekündigte Hochschulentwicklungsplan immer noch auf sich warten lässt, hat jetzt die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag eine Studie mit dem Titel „Campus Thüringen - Perspektive durch Kooperation“ sowohl im Rahmen eines Pressegesprächs als auch mit der Livestream-Übertragung einer ersten Diskussion dazu in der Fraktionssitzung öffentlich vorgestellt. Dabei geht die ausdrückliche Einladung an alle Akteure und Interessierten, in den nächsten Wochen und Monaten ihre Meinung zu sagen und sich in die Diskussion einzubringen.

Nach den ersten Veröffentlichungen in der Thüringer Presse begann bereits eine heiße Debatte, die darin gipfelte, dass die SPD und der LINKEN unterstellte, sie wolle Kürzen und Streichen. „Als wenn schon die Diskussion gefährlich wäre“, wie Bodo Ramelow reagierte. Dabei ist an keiner Stelle der Studie von Schließungen von Einrichtungen die Rede, vielmehr geht es um die Fortentwicklung der Thüringer Hochschullandschaft und darum, eine wirkliche „Perspektive durch Kooperation zu eröffnen“, betonte Dr. Karin Kaschuba, wissenschaftspolitische Sprecherin der Fraktion. Es sei „allerhöchste Zeit, dass die öffentliche Debatte“ dazu geführt werde.

Thüringer Hochschulen werden schon seit Jahren unterfinanziert

„Wir haben die Außensicht gewollt“ bei den notwendigen Überlegungen zu den Zukunftsstrukturen in Thüringen, so Bodo Ramelow zur Vorstellung der Studie in der Fraktionssitzung. Denn „wenn wir nicht diskutieren, erleben wir nur Spar- und Streichorgien, die keine Ansätze für Neues bieten“. Er unterstrich die auch im Gutachten hervor-

gehobene Notwendigkeit, „mit Beginn der kommenden Legislaturperiode eine Enquete-Kommission Thüringer Hochschulentwicklung 2030“ einzusetzen.

„Die Thüringer Hochschulen werden schon seit vielen Jahren unterfinanziert“, erneuerte Susanne Hennig-Wellsow, bildungspolitische Sprecherin und Landesvorsitzende der LINKEN, die grundsätzliche Kritik. Dabei sei die vom Ministerium vorgesehene Steigerung der Hochschulausgaben im Zeit-

institutionelle Kooperation mit der nur 40 Kilometer entfernten Fachhochschule Harz (Sachsen-Anhalt) vorgeschlagen – entweder als Hochschulverband, was die Minimalvariante sei, oder als länderübergreifende Hochschule Harz-Nordhausen (Maximalvariante) nach dem Modell der niedersächsischen Technischen Hochschule.

Und Erfurt und Weimar könnten bei verbesserter Zusammenarbeit eine Wissenschaftsregion bilden. Dafür



Beim Pressegespräch (v.l.): Susanne Hennig-Wellsow, bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion und Landesvorsitzende der LINKEN, Christian Schaft und Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff, Autoren der unabhängigen Studie, und Dr. Karin Kaschuba, wissenschaftspolitische Sprecherin der Fraktion. Foto: P. Lahn

raum von 2016 bis 2020 um vier Prozent das Mindeste, reiche aber immer noch nicht aus, um die Situation für Beschäftigte und Studierende tatsächlich zu verbessern.

Es gehe um sinnvolle Strukturentscheidungen und Herausforderungen, denen sich die neue Landesregierung zu stellen habe, hatte Prof. Benjamin-Immanuel Hoff, der zusammen mit Christian Schaft das Gutachten erarbeitet hat, betont. So wird im Gutachten beispielsweise für die Fachhochschule Nordhausen, die jüngste Hochschul-Neugründung in Thüringen, eine

wird u.a. vorgeschlagen, dass die vier Hochschulen ihre Ressourcen in drei fachlichen Schwerpunkten zusammenführen (Architektur-Urbanistik-Bauen, Kommunikation-Kunst-Design, Bildung-Erziehungswissenschaften-Lehrerbildung).

A. Rudolph

Das komplette Gutachten (235 Seiten) kann ebenso wie eine Kurzfassung (20 Seiten) auf der Internetseite der Fraktion unter www.die-linke-thl.de eingesehen werden.

Bildungsfreistellung

Abgelehnt hat der Landtag den Gesetzentwurf der LINKEN für ein Thüringer Bildungsfreistellungsgesetz. Die Fraktion hatte im Juni 2013 den vom Kultusministerium bereits erarbeiteten, aber von der CDU blockierten, Gesetzentwurf eingebracht, der seitdem ebenso wie ein Entwurf der Grünen (bereits mehr als zwei Jahre alt) im Ausschuss lag. Beide Gesetzentwürfe standen auf der Tagesordnung. Das bisherige Verfahren stellt einen Bruch des Koalitionsvertrages dar: Die SPD war mit dem Bildungsfreistellungsgesetz in den letzten Wahlkampf gezogen und ein solches Gesetz ist auch im Koalitionsvertrag verankert. Thüringen ist derzeit eines von nur vier Bundesländern ohne Bildungsfreistellungsgesetz.

Gedenken

„Es braucht einen gesellschaftlichen Dialog, wie die Erinnerung an dieses verbrecherische Kapitel deutscher Geschichte angesichts der nur noch wenigen lebenden Zeitzeugen auch in Zukunft lebendig gehalten werden kann. Es ist unsere Verantwortung, der NS-Opfer zu gedenken und im Wissen um die menschenverachtende Macht neonazistischer Ideologie der Verbreitung antisemitischer, rassistischer und nationalistischer Einstellungen aktiv entgegenzutreten“, hatten der Vorsitzende der Linksfraktion, Bodo Ramelow, und Susanne Hennig-Wellsow, LINKE-Landesvorsitzende, anlässlich des 69. Jahrestags der Befreiung der Konzentrationslager Buchenwald und Mittelbau-Dora gesagt.

Medienanstalt

Die Thüringer Landesmedienanstalt (TLM) in Erfurt besuchten Bodo Ramelow und André Blechschmidt. Die Abgeordneten informierten sich über aktuelle Entwicklungen in der Medienwelt und damit zusammenhängende Fragen der Regulierung und Aufsicht im Gespräch mit dem Direktor der TLM, Jochen Fasco, bei dem u.a. die Bedeutung von Bürgermedien im Mittelpunkt stand. Im Thüringer Medienbildungszentrum der TLM wurden Medienprojekte mit Schulen und Freizeiteinrichtungen sowie Fortbildungsmöglichkeiten für Pädagogen vorgestellt. Dabei war auch Zeit für einen Erfahrungsaustausch mit TMBZ-Mitarbeitern, bei dem es u.a. um die Vermittlung von Medienkompetenz ging.

VON A BIS Z:

Berufsabschlüsse

Das jetzt im Landtag beschlossene Gesetz zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen hat nach Ansicht der migrationspolitischen Sprecherin der Linksfraktion, Sabine Berninger, „erhebliche Mängel und nicht unrelevante Schwächen. Es stellt nicht den Migranten oder die Migranten mit ihren individuellen Kompetenzen und Fähigkeiten in den Mittelpunkt, sondern rein inländische ökonomische Interessen. Das heißt, dem Gesetzentwurf geht es ausschließlich darum, Menschen und ihre Potentiale ökonomisch besser zu verwerten“.

Es entspricht nicht der Lebensrealität, im Bereich der nicht-reglementierten Berufe berufspraktisch erworbene Qualifikationen als Grundlage für die Anerkennung auszuschließen und die Möglichkeit der Nachqualifizierung im Gesetz selbst nicht zu eröffnen. So müssen Menschen, die die fachliche Kompetenz nachweisen können, in der Regel die Arbeit entsprechend ihrer Qualifikation ausüben, aber nicht entsprechend ihrer Qualifikation bezahlt werden. „Weltoffen zu sein, erfordert neben der individuellen Anerkennung von Lebensleistungen auch anzuerkennen, dass Erwerbsbiografien in Ländern außerhalb der Europäischen Union auch anders strukturiert und organisiert sind.“ LINKE und Grüne hatten gemeinsam einen Änderungsantrag vorgelegt, der die Konsequenzen aus dem seit April 2012 geltenden Bundesgesetz erkennt und zudem die Ergebnisse der parlamentarischen Anhörung berücksichtigt.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die letzten planmäßigen Plenarsitzungen des Thüringer Landtags in dieser zu Ende gehenden Legislaturperiode sind für die Zeit vom 21. bis 23. Mai, vom 25. bis 27. Juni sowie vom 16. bis 18. Juli anberaumt.

Vorankündigung:

Zu ihrem Jahresempfang lädt die Fraktion DIE LINKE am Dienstag, den 8. Juli, 17 Uhr, in den Innenhof des Thüringer Landtags ein. Als Hauptredner wird auch in diesem Jahr wieder Dr. Gregor Gysi, Vorsitzender der Linksfraktion im Bundestag, erwartet.

Aktuelle Themen, Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen:
www.die-linke-thl.de

Ein Rucksack mit Arbeitsaufträgen

Treffen mit LINKEN kommunalen Verantwortungsträgern in Eisenach/Initiative für ein Investitionsprogramm beraten

Zum dritten Mal trafen sich LINKE Landrätinnen, Eisenachs Oberbürgermeisterin Katja Wolf, hauptamtliche Dezernentinnen und Dezernenten und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf Einladung von Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Thüringer Landtag. Tagungsort war diesmal Eisenach.

„Wir wollen die Erfahrung der linken Verantwortungsträger der Kommunen mit in den Landtag bringen“, sagte der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag im Anschluss an das zweitägige Treffen.

Und Erfahrungen konnten die LINKEN kommunalen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger eine Menge vortragen. Im Mittelpunkt des Treffens standen vor allem sozialpolitische Fragen und Probleme. Landkreise und kreisfreie Städte in Thüringen sind insbesondere durch die in den letzten Jahren massiv gestiegenen Sozialausgaben betroffen. Allein in den vergangenen fünf Jahren sind in der Stadt Eisenach diese Ausgaben von 45 Millionen auf 53 Millionen Euro angestiegen – ohne dass es einen entsprechenden Ausgleich durch Bund oder Land gegeben hat.

Die neue große Koalition in Berlin hatte in diesem Zusammenhang Hilfe zugesagt. Die Kommunen sollten um eine Milliarde Euro bei den Kosten für die Eingliederungshilfe entlastet werden. Dieses bleibt nun doch aus. „Da

wird ein Wort gebrochen“, stellte Bodo Ramelow kurz und knapp fest. Er kündigte an, über die Bundestagsfraktion DIE LINKE nachzubohren. Als ein weiteres Konfliktfeld stellte sich die Frage der Finanzierung der Kindertagesstätten im Freistaat heraus.

Einer Berechnung des Gemeinde- und Städtebundes zufolge klafft eine fi-

nanzielle Lücke von fast 220 Millionen Euro. Aus Sicht der Landtagsfraktion DIE LINKE besteht hier Handlungsbedarf. Sie wird das Thema auf die Tagesordnung der Fachausschüsse im Landtag setzen, um für Klarheit zu sorgen.

Übereinstimmend warfen alle anwesenden kommunalen Verantwortungsträger das Problem des immensen Sa-

nierungsstaus an Schulen und Sportstätten in den Städten und Gemeinden Thüringens auf. In der Diskussion führte das zur Entwicklung einer Initiative für ein Investitionsprogramm zur Sanierung von Schulen und Sportstätten in Höhe von 53 Millionen Euro.

Die Mittel sollen sich aus den Überschüssen des Landeshaushaltes 2013 von über 400 Millionen Euro speisen. Eine frohe Kunde für Eisenachs Rathauschefin Katja Wolf. Sollte diese Initiative in die Praxis umgesetzt werden, würden eine bis zwei Millionen Euro für die Stadt zur Sanierung einer Schule oder einer Schulturnhalle abfallen.

Die Oberbürgermeisterin forderte zudem ein erheblich größeres Engagement des Freistaates, um Eisenach als Aushängeschild für das Reformationsjubiläum im Jahr 2017 fit zu machen. Stichworte waren in diesen Zusammenhang die bislang nicht geklärte Finanzierung des Busbahnhofes und der Aufbau von Kongresskapazitäten. „Hier werden Chancen nicht nur für die Stadt, sondern für den Freistaat vorzüglich verspielt“, kritisierte das Oberhaupt der Wartburgstadt.

Für Bodo Ramelow war die zweitägige Runde in Eisenach fruchtbar, erkenntnisgewinnend und sie wird auf jeden Fall eine Folgeveranstaltung nach sich ziehen. Sein Rucksack auf dem Rückweg nach Erfurt war mit einer Menge von Arbeitsaufträgen gefüllt.

Matthias Gärtner



Aus der Kalisalzlauge könnten wertvolle Rohstoffe gewonnen werden

Nach Auffassung der Linksfraktion kann ein neues Kali-Werk, in dem durch ein Kristallisationsverfahren aus der Salzlauge wertvolle Rohstoffe – Kalium und Magnesium – gewonnen werden, zugleich die enorme Versalzung der Werra durch die Kali-Lauge des Unternehmens K+S gestoppt werden, so berichteten in zum Teil großen Aufmachungen die Thüringer Zeitungen über das Pressegespräch, zu dem Tilo Kummer, der umweltpolitische Sprecher der Linksfraktion, eingeladen hatte.

Der Abgeordnete hatte die Landesregierung „dringend aufgefordert“, die Möglichkeiten für ein solches Kali-Werk, das nach seiner Ansicht in Merkers entstehen könnte, zu prüfen und auf den Weg zu bringen. „Merkers wäre ideal, gerade auch mit Blick auf die Frage, wie es mit der Grube weitergeht“, sagte Tilo Kummer. Und die 350 entstehenden neuen Arbeitsplätze wären nach dem verheerenden Kalifusionsvertrag „eine gewisse Wiedergutmachung“.

Für die etwa 90 Millionen Euro teure Investition könnten Mittel der Wirtschaftsförderung sowohl des Bundes als auch des Landes eingesetzt wer-

den. „Dies wäre der nachhaltigste Weg“ und im Gegensatz zur Auffassung des Konzerns K+S, der den Vorschlag des Sondershäuser Instituts für Kaliforschung K-UTEC für unwirtschaftlich hält, eine vernünftige Lösung, die bereits in anderen Ländern zum Einsatz kommt. Denn schließlich, so der Umweltpolitiker der Linksfraktion, müssten die Kosten für den im Übrigen wenig realistischen Bau einer Kali-Abwasserpipeline zur Nordsee dagegen gerechnet werden: Knapp eine Milliarde Euro Investitionskosten. Und da die Leitung für (tatsächlich) 1.300 Jahre gebraucht wird – denn so lange dauert es, bis sämtlicher Kaliabraum entsorgt ist –, kommen noch einmal nicht überschaubare Kosten für die Unterhaltung und Erneuerung der Pipeline hinzu.

Und wenn es tatsächlich so gewesen sei, dass der Konzern per Kali-Fusionsvertrag von den Kosten für die Werraversalzung freigestellt wurde, „dann verstehe ich die Welt nicht mehr – es gibt doch das Verursacherprinzip“, betonte Tilo Kummer. Außerdem sei nicht einzusehen, warum sich der Weltmarktführer in der Kali-Produktion nicht selbst um seine Abwässer kümmern sollte. Dabei wächst der Druck auf Deutschland zur Einhaltung der EU-

weiten Wasserrahmenrichtlinie. Dass jetzt die Bundesregierung in ihrer Antwort im Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission wegen Nichtbeachtung dieser Richtlinie im Zusammenhang mit der Werraversalzung angekündigt hat, „weniger strenge Umweltziele“ in Anspruch nehmen zu wol-

len, sei nicht zu akzeptieren. Nicht zuletzt werde damit einer Entscheidung des Runden Tisches „Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“ für eine Alternative zur Nordseepipeline vorgegriffen, hatte der Landtagsabgeordnete gewarnt.

A. Rudolph

Thüringen hätte Generalvertrag Ökologische Altlasten nicht zustimmen dürfen

Bei der Pressekonferenz von Umweltminister Jürgen Reinholz (CDU) am 9. April zu den Verträgen zur Sanierung ökologischer Altlasten beim Großprojekt Kali wurde wieder deutlich, dass eine klare Nachzahlungsverpflichtung des Bundes bei entstehenden Mehrkosten im Generalvertrag fehlt. „Mit diesem Vertrag erfolgte jedoch mit dem Wissen der Landesregierung um die Artikel 16 und 17 des Kalifusionsvertrags eine Altlastenfreistellung der Firma K+S von Kosten, die nicht DDR-Zeiten zuzuschreiben waren“, kritisierte MdL Tilo Kummer.

„Dass diese wichtigen Regelungen des Kalifusionsvertrags zur Altlastenfreistellung dem Landtag nicht unverzüglich zur Kenntnis gegeben wurden,

hat nichts mit Geheimhaltungspflichten im Interesse eines Unternehmens zu tun und ist schlichtweg ein Skandal.“

Von den sich aus Artikel 16 und 17 ergebenden Mehrkosten für Thüringen gegenüber dem normalen Freistellungsrecht konnte der Landtag nichts wissen, da ihm weder Kalifusionsvertrag noch Generalvertrag zum Zeitpunkt der Beschlussfassung dieser Dokumente vorlagen. „Aus einem Urteil des Staatsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 6.10.2011 zum EnBW-Verkauf ergibt sich diesbezüglich für uns der Verdacht, dass die Landesregierung mit ihrer Zustimmung zu den Verträgen gegen das Budgetrecht des Landtags verstieß.“

DAS THEMA

Die Generationen zusammen denken

Kommunalpolitische Seniorenkonferenz der Linksfraktion mit großer Resonanz

Die kommunalpolitische Seniorenkonferenz der Fraktion DIE LINKE am 8. April im Thüringer Landtag widmete sich der Frage, wie sich Kommunen auf eine älter werdende Einwohnerschaft einstellen können und wie Menschen ihren lebenslangen Wohnort auch in ländlichen Räumen beibehalten können, ohne von ärztlicher Versorgung, kultureller und sozialer Infrastruktur abgeschnitten zu werden. Da diese Fragen für zahlreiche Regionen in Thüringen von entscheidender Bedeutung sind, folgten der Einladung zur Konferenz über 100 Interessierte aus vielen Thüringer Kreisen, aber auch aus zehn weiteren Bundesländern.

Neben Teilnehmern aus allen anderen östlichen Bundesländern, waren auch Seniorinnen und Senioren aus Nordrhein-Westfalen und dem Saarland, Hamburg, Bremen und Hessen vertreten. Darunter zahlreiche Mitglieder von Seniorenbeiräten und -arbeitsgruppen, Seniorenverbänden und -organisationen sowie Gewerkschaften. Den Auftakt zur Veranstaltung machte Sandra Schöneich, Sozialdezernentin der Stadt Gera, mit ihrem Fachvortrag „Heutige Anforderungen an eine bedarfsgerechte kommunale Seniorenarbeit – zukünftiger Umgang mit der Generation Gold“.

mit einer fachübergreifenden Strategie für die langfristige Entwicklung der Gesamtstadt bis zum Jahr 2030 auf den Weg gebracht. Es reiche nicht, wenn das Sozialdezernat Barrierefreiheit verfolge, dies müsste z.B. auch im Baudezernat für die Bereiche Bauvorhaben, Stadtentwicklung und Verkehr mitgedacht werden.

Das Ziel einer sozial gerechten Stadt mit Bürgersinn sei vor allem im gemeinsamen Handeln und Interessenausgleich unterschiedlicher Generationen sowie dem konkreten Bedarf im jeweiligen Wohnumfeld zu erreichen. Hierzu müsse die Seniorenmitbestimmung ausgebaut werden, stellte Dorothea Reuß, Seniorenbeauftragte der Stadt Erfurt fest.

Kritik am unverbindlichen Seniorenmitwirkungsgesetz

Das vor gut einem Jahr verabschiedete Seniorenmitwirkungsgesetz zeichne sich v.a. durch Unverbindlichkeit und fehlende hauptamtliche Strukturen aus. Die Wahl von Seniorenbeauftragten und -beiräten sei freiwillig, weshalb zahlreiche Kommunen und



wie der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum zu. Auch hier müssen die Generationen zusammen gedacht und Lösungen gefunden werden, die für Jung wie Alt funktionieren. Wer als Gebährnde dringend einen Arzt braucht, ein fieberndes Kind hat oder an einer altersbedingten Erkrankung leidet, kann nicht fünfzig Kilometer bis zur nächsten Fachärztin fahren. Hier prä-

nen damit die Möglichkeit gegeben, sich auf die ärztliche Tätigkeit zu konzentrieren und die Verwaltungsarbeiten ausgliedern. Angedacht sind hier auch Fachräume, in denen Ärzte aus größeren Kreisstädten oder Krankenhäusern an einzelnen Wochentagen Sprechstunden anbieten können. Im Sozialzentrum könnte ein Pflegedienst integriert sein, oder ein dort angestell-



Als wichtigen Anlaufpunkt strich sie die Ehrenamtszentrale mit dem Seniorbüro heraus. Sie diene als Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen und hier sei die Beratungsstelle für Seniorenarbeit und Pflege im Aufbau. Ebenfalls im Ehrenamt werde das Projekt „Netzwerk Pflegebegleiter“ durchgeführt, mit dem pflegende Angehörige unterstützt würden.

„Wie bringen wir uns ein in das gesellschaftliche Leben?“ Mit dieser Frage eröffnete Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, die „Kommunalpolitische Seniorenkonferenz“ der Fraktion am 8. April in Erfurt. Der Einladung der Linksfraktion in den Landtag waren zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer gefolgt.

Die LINKE mache den Vorschlag eines „echten Mitbestimmungsrechts“, betonte Bodo Ramelow. Sie lade die Menschen ein, das soziale Miteinander in den Städten und Gemeinden zu bestimmen. Dabei warb er dafür, keine isolierte Betrachtung anzustellen, sondern gemeinsam Vorstellungen, Strategien und eine Perspektive für das künftige Zusammenleben zu entwickeln.

Kreise bislang auch keine Vertreter gewählt hätten. Auch sei keine Landesunterstützung für Seniorbüros vorgesehen. DIE LINKE hatte schon vor Jahren einen Gesetzentwurf vorgelegt, in dem durch verbindliche Vorgaben und finanzielle Unterstützung eine wirkliche Mitbestimmung möglich gewesen wäre.

Ernsthafte strukturelle Probleme kommen auf Thüringen aber auch im Bereich der sozialen Infrastruktur so-

sentierte Jörg Kubitzki, gesundheitspolitischer Sprecher der Linksfraktion, das von ihm und Cordula Eger (Mitarbeiterin für Gesundheit) entwickelte Konzept der Landambulatorien. Diese sollen kleinräumlich an Sozialzentren angegliedert werden und Ärztinnen und Ärzten durch ein Angestelltenverhältnis den Berufseinstieg erleichtern.

Anstatt Unsummen für die Übernahme oder Neueröffnung einer eigenen Praxis aufbringen zu müssen, werde ih-

ter Koordinator ist neben anderen Vernetzungs- und Beratungsaufgaben auch dafür zuständig, Hilfen für Familien mit zu pflegenden Angehörigen zu vermitteln.

Im generationenübergreifenden Ansatz die Aufgaben bewältigen

In der Veranstaltung wurde auch durch die Diskussionsbeiträge klar, dass Gesellschaft und Politik vor großen Aufgaben stehen, die gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern in einem integrierten, generationenübergreifenden Ansatz zu bewältigen sind.

Dann, wenn Inklusion, Familienfreundlichkeit, Barrierefreiheit und die Sicherung sozialer Strukturen gemeinsam gedacht werden, existieren Chancen auf ihre Verwirklichung.

Gabi Ohler

Gera mit integrierter, fächerübergreifender Stadtplanung

Vor besonderen Herausforderungen stünden die Kommunen nicht allein wegen der längeren Lebenszeit der Menschen, sondern auch aufgrund der Zunahme von Single-Haushalten im Alter und sowie der wachsenden Altersarmut. Da Vereinzelung und Armut aber keine Phänomene sind, die sich auf die ältere Generation beschränken, hat Gera eine integrierte Stadtplanung

Unsere „Golden Sixties“

In diesen Monaten häufen sich die Jubiläen, die ehemalige und aktive Mitstreiterinnen und Mitstreiter der Linksfraktion begehnen. Maria Funke, Dr. Roland Hahnemann und Michael Gerstenberger hatten ihren 60. Geburtstag, Wolfgang Albold seinen 65.

Bodo Ramelow würdigte beim Fraktionsempfang für die „Golden Sixties“, wie er sie nannte, ihr politisches Engagement und fand für jeden sehr persönliche Worte, gespickt mit zahlreichen Erinnerungen und Anekdoten.

Maria Funke, die sich als Mitarbeiterin der Fraktion akribisch um die Alternative 54 e.V. und deren vielfältige Spendentätigkeit kümmert, kennt Bodo Ramelow schon seit 1990, als sie zusammen die Gewerkschaft HBV in Thüringen mit aufgebaut haben.

„Es gab nichts Verwickeltes, was Maria nicht entwickelt hätte. Und vor allem hat sie den Menschen das Gefühl gegeben, dass man sich wehren kann“, betonte Bodo Ramelow. Später war sie Wahlkreismitarbeiterin beim (leider viel zu früh verstorbenen) Landtagsabgeordneten Benno Lemke sowie bei unserem Landwirtschaftsexperten Konrad Scheringer.

Auch mit Roland Hahnemann, der bereits dem ersten Thüringer Landtag für die Linke Liste/PDS angehörte und auch Fraktionsvorsitzender war, verbindet Bodo Ramelow eine „lange Linie“. Bei den hungerstreikenden Bergleuten in Bischofferode, denen sich Roland Hahnemann angeschlossen hatte, haben sie sich kennen und schätzen gelernt. Legendär das demokratische Engagement des Wendebewegten. Er hat mitgearbeitet am Verfassungsent-

wurf für Thüringen, war von 1994 bis 1999 Vizepräsident des Landtags und hat sich bis zu seinem Ausscheiden im Jahr 2009 nicht zuletzt als Mitglied im Innenausschuss vor allem den Demokratie-Themen gewidmet.

Von Anfang an dabei war auch Michael Gerstenberger, der sich als Di-

Jahren zum Vizepräsidenten des Thüringer Rechnungshofs gewählt wurde.

Mit Wolfgang Albold, seinem Mitarbeiter, verbindet den Fraktionsvorsitzenden eine ganz besondere und enge Beziehung. Daher fiel das Dankeschön für ihn, der als Wahlkreismitarbeiter mit der ehemaligen Bundestagsabge-



Bodo Ramelow mit unseren „Geburtskindern“ (v.l.): Dr. Roland Hahnemann, Michael Gerstenberger, Maria Funke und Wolfgang Albold.

Foto: Peter Lahn

plom-Mathematiker besonders um die Haushalts- und Finanzprobleme kümmerte. „Er hat uns die Zahlenkolonnen um die Ohren gehauen“, erinnerte Bodo Ramelow. In der dritten Legislatur war er auch Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags.

„Und wir haben mit Micha das Desaster des Rechnungshofs aufgelöst“, wie es Bodo Ramelow formulierte, denn es war schon ein großer Durchbruch, als der LINKE-Politiker vor vier

ordneten Dr. Ursula Fischer 1994 in den Landtag kam, besonders herzlich aus. Ob dann auch Dr. Birgit Klaubert, Gabi Zimmer, Werner Buse, Dieter Hausold – „es war völlig egal, wer unter Dir Fraktionsvorsitzender war“, meinte Bodo Ramelow unter allgemeiner Heiterkeit, denn jeder weiß, dass es eine einzigartige Leistung ist, wie Wolfgang sich buchstäblich um alles kümmert und „den Laden so zusammenhält, wie er ihn zusammenhält“, so sein Chef.

A. Rudolph ■

Kommunaltour der Linksfraktion in ganz Thüringen

Die Sorgen und Nöte Thüringer Kommunen stehen vom 22. bis 28. April im Mittelpunkt einer Kommunaltour der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. In diesem Zeitraum absolvieren Abgeordnete und Mitarbeiter der Fraktion in allen vier Planungsregionen des Freistaates Vor-Ort-Besuche. Personell wird die Tour dabei durch das Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzende der europäischen Linksfraktion GUE/NGL, Gabi Zimmer, unterstützt und begleitet. Sie ist am 25. April in Greiz mit unter-

wegs. Am 23. April geht es mit dem Fraktionsvorsitzenden Bodo Ramelow nach Gotha, wo es Vor-Ort-Termine u.a. in der Baugesellschaft, im Ernestinum-Gymnasium und beim Sozialprojekt Regel-Grundschule Waltershausen gibt.

Auch in Suhl am 24. April ist der Fraktionsvorsitzende dabei. Es beginnt mit einem Treffen beim Erwerbslosenfrühstück, setzt sich fort mit einem Info-Stand im Stadtzentrum, am Nach-

mittag schließen sich Besuche und Gespräche u.a. bei der GeWO sowie im Treff der Volkssolidarität und am Frauenstammtisch an.

Der Kyffhäuserkreis steht am 28. April auf dem Programm der Kommunaltour. Neben dem Landratsamt in Sondershausen, ist dort auch ein Besuch der Volkshochschule geplant sowie ein Gespräch in der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstelle.

Einladung zur Petitionssprechstunde

Die Landtagsabgeordnete Diana Skibbe Fraktion die LINKE, die zugleich Mitglied im Petitionsausschuss des Thüringer Landtags ist, lädt am Montag, dem 28. April 2014, in der Zeit von 11 bis 13 Uhr in Sondershausen in der Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE, Johann-Karl-Wetzel-Straße 50, zu einer Petitionssprechstunde ein, in der sie Anliegen und Probleme der Bürger aufnimmt. Es wird um telefonische Voranmeldung unter 03632/782795 gebeten. ■

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Der Spatz im Flur

Da stellt die Linksfraktion ein in ihrem Auftrag erstelltes Gutachten zur Hochschulentwicklung vor, mit innovativen Vorschlägen wie Kooperationen innerhalb Thüringens und mit Hochschulen anderer Bundesländer. Von „einigen kecken Vorschlägen“ spricht die Ostthüringer Zeitung, das alles sei ein Diskussionsangebot, betont die Linke.

Um Aufmerksamkeit muss sie sich nicht sorgen, die SPD-Fraktion schießt noch am gleichen Tag aus allen Rohren, ihr „Sprecher für Hochschule, Wissenschaft/Forschung“ Dr. Thomas Hartung wettert wie ein militanter Rohrspatz, die Linke lasse „die Maske in der Hochschulpolitik fallen“, und behauptet allerhand Dinge, die sich mit dem Gebot der Wahrheit nur schwer vereinbaren lassen.

Nach einem weiteren Tag assistiert ihm sein Kollege Matthias Hey; man werde sich gegen „die Streichpläne der LINKEN zur Wehr zu setzen“, lautet das Credo der mutigen Männer und ich werde jetzt wohl täglich nachschauen müssen, ob sie nicht im dunklen Landtagsflur lauern.

In einem Interview äußerte sich kurz darauf Christoph Matschie. Der ist nicht nur seit 2009 Thüringer Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur, sondern auch Mitglied der SPD (Landesvorsitzender) und der SPD-Landtagsfraktion. Matschie wirbt für Zusammenarbeit der Hochschulen („viel Raum für Kooperation“). Entweder haben sich Hartung und Hey mit ihrer Attacke also ins Abseits manövriert – oder sie desavouieren bewusst den eigenen Minister.

Thema des Interviews waren auch die Hochschulfinanzen. Matschie fordert ein Plus von vier Prozent pro Jahr. Das findet sich auch in der Studie. Das Finanzministerium, geführt vom SPD-Koalitionspartner CDU, bewilligt jährlich nur ein Prozent. Darüber könnte sich die SPD-Fraktion vielleicht wirklich einmal aufregen. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.